



Servicestelle Familienfreundliches Studium

Infobrief Nr. 8/2022

Liebe Leserinnen und Leser,

im achten Infobrief 2022 informiert die Servicestelle Familienfreundliches Studium unter anderem zum Gesetzgebungsverfahren des neuen KiTa-Qualitätsgesetzes, zum Engagement für den Erhalt des Förderprogramms „Sprach-Kitas“, über die Veröffentlichung des Ländermonitorings Frühkindliche Bildungssysteme 2022, über die neuen Ergebnisse der Studie Stu.diCo III – einer Online-Befragungsreihe zum Studium unter Corona-Bedingungen und in der Rubrik ‚Unterstützung von Familien‘ zum BAföG-Notfallmechanismus, dem Heizkostenzuschuss II und dem für 2023 verlängerten Anspruch pandemiebedingter Kinderkrankentage.

Gerne platzieren wir auch weiterhin Ihre Neuigkeiten, Angebote und Benefits für Studierende mit Familienaufgaben – ganz gleich ob Studenten- bzw. Studierendenwerk, Hochschule oder campusnahe Elterninitiative. Kontaktieren Sie uns einfach unter sfs@studentenwerke.de.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.
Ihre Servicestelle Familienfreundliches Studium





Themen in dieser Ausgabe

Kinderbetreuung auf dem Campus

- [Projekt Einstein: Die psychische Gesundheit von Kindern hat sich in der Pandemie verschlechtert](#)
- [BGW-Trendbericht Kinder- und Jugendhilfe: Mehr Anforderungen, weniger Fachkräfte](#)
- [DGUV: Aushang „Kranke Kinder bleiben zu Hause“ in verschiedenen Sprachen](#)
- [Bertelsmann Stiftung veröffentlicht Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2022](#)
- [Verband Bildung und Erziehung \(VBE\): Personal- und Platznotstand an Kitas manifestiert Bildungsungerechtigkeit](#)
- [Das Kita-System steht vor dem Kollaps – Wissenschaftler*innen fordern Politik zum schnellen Handeln auf](#)
- [GEW: „Kita-System mit zusätzlichen Geldern stabilisieren!“](#)
- [Statistische Bundesamt \(Destatis\): 35,5 Prozent der unter Dreijährigen in Kindertagesbetreuung](#)
- [Deutscher Kita-Verband: Kostenexplosion ist ernsthafte Bedrohung für Kita-Träger](#)
- [nifbe-Themenheft: Wir schaffen das gemeinsam – in der KiTa Resilienz stärken](#)

Studieren (in Zeiten von Corona)

- [Stu.di.Co III: Neue Ergebnisse der Online-Befragungsreihe zum Studium unter Corona-Bedingungen](#)
- [CHE: Erstmals mehr weibliche als männliche Studierende](#)
- [DSW: Mehr als 35.000 Studierende auf Wartelisten bei elf Studierendenwerken: Extrem angespannte Wohnsituation](#)
- [DSW: „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ hat umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt](#)
- [Deutschlandfunk: Studieren in Armut - Kein BAföG, Inflation und hohe Mieten](#)
- [KMK: Sicherstellung des Präsenzbetriebes an Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Studierendenwerke zum Kreis geschützter Kunden zählen](#)

Bundesförderung

- [Experten plädieren für die Fortsetzung des Förderprogrammes „Sprach-Kitas“](#)
- [Öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses zum Thema „Sprach-Kitas“](#)
- [Baden-Württemberg: Stellungnahme zur aktuellen Debatte rund um das Programm „Sprach-Kitas“](#)
- [Bundesrat nimmt Stellung zum Entwurf für ein Kita-Qualitätsgesetz](#)
- [Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berät Gesetzentwurf zum KiTa-Qualitätsgesetz](#)
- [Der Paritätische: Stellungnahme zur Anhörung im Familienausschuss zum KiTa-Qualitätsgesetz](#)



Themen in dieser Ausgabe

Unterstützung für Familien

- [28. BAföG-Novelle: Bundestag und Bundesrat billigen Notfallmechanismus](#)
- [DSW: BAföG-Notfallmechanismus - Notfall weiter definieren, auf aktuelle Krise anwenden](#)
- [DSW zum zweiten Heizkostenzuschuss für BAföG-Empfänger*innen](#)
- [Kinderkrankengeld - auch im Jahr 2023 erweiterter Anspruch](#)
- [Bundeskabinett hat Gesetzentwurf zum Bürgergeld beschlossen](#)
- [Träger nehmen Stellung zum Bürgergeld-Gesetzentwurf](#)
- [Gesetzgebungsverfahren für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben](#)

Berufswege

- [Fachkräftestrategie der Bundesregierung](#)
- [Fachinfo des Paritätischen: Bundeskabinett fasst Beschluss zur Fachkräftestrategie der Bundesregierung](#)
- [Positionspapiere Deutscher Kita-Verband: Fachkräftemangel wirksam bekämpfen und neue Wege in der Ausbildung gehen](#)

Digitalisierung/ Digitale Kompetenz

- [SWK sieht weiteren Handlungsbedarf bei Digitalisierung des Bildungssystems](#)

Nachhaltigkeit

- [Neu im Pädagogik-Blog von Fröbel: „Globales Lernen in der frühen Bildung“](#)

Studien/ Publikationen/ Literatur

- [Uni Bamberg und IAB: Studie zu Folgen der Pandemie für die Abiturjahrgänge 2020 und 2021](#)
- [CHE kurz + kompakt: „Studieren und Angehörige pflegen“](#)
- [DUZ Magazin: Hochschulen im Krieg](#)

Aus den Studenten-/Studierendenwerken und den Familienbüros bzw. Familienservicestellen

- [Studentenwerk Schleswig-Holstein: Familienfreundlicher Arbeitgeber](#)
- [Studentenwerk Niederbayern/ Oberpfalz: Infoveranstaltung für Studierende mit Kind](#)
- [Studierendenwerk Freiburg: Unterstützung für studierende Eltern](#)
- [Studierendenwerk Thüringen: Sommerarena in der Kita Fuchsturmweg](#)
- [Familienbüro Uni Bonn: Nothilfefonds für Studierende mit Kind](#)

Termine/ Veranstaltungen

- [Neue Termine im Rahmen der Inforeihe „Kinder, Jugendliche und Familie“ am 7. und 21. November 2022 Frühe Demokratie- und Vielfaltsbildung mit digitalen Medien stärken“ – Fachtagung am 17. Oktober 2022](#)



Kinderbetreuung auf dem Campus in Coronazeiten

Projekt Einstein: Die psychische Gesundheit von Kindern hat sich in der Pandemie verschlechtert

Wie wirkt sich die Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern im Kindergartenalter aus? Dieser Frage gehen Psychologinnen und Psychologen der Universität Trier gemeinsam mit der katholischen KiTa gGmbH Trier nach. Die in der Forschungs Kooperation EINSTEIN durchgeführten Untersuchungen ergaben, dass sich die psychische Gesundheit der Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren in der Pandemie verschlechtert hat. Insbesondere nahmen sichtbare problematische Verhaltensweisen wie Hyperaktivität, Impulsivität und Aufmerksamkeitsprobleme zu. Ein wichtiges Ziel der Kooperation besteht auch darin, Unterstützungsmaßnahmen aus den wissenschaftlichen Ergebnissen abzuleiten.

Die Pressemitteilung der Uni Trier vom 7. September 2022 ist [hier](#) nachzulesen.

Quelle: bildungsklick vom 09.09.2022

BGW-Trendbericht Kinder- und Jugendhilfe: Mehr Anforderungen, weniger Fachkräfte

Wie steht es um die Berufsgesundheit der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe und wie lässt sich deren Situation verbessern? Der Trendbericht "Zukunftsweisende Entwicklungen zwischen Lockdown und Knock-down. Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zeigt, dass die Coronapandemie die Berufsgesundheit der Beschäftigten stark in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Zahl der Berufskrankheiten-Verdachtsanzeigen ist in die Höhe geschneilt. Auch droht die ohnehin angespannte Personalsituation in den Einrichtungen gesundheitsbedingt noch weiter ausgezehrt zu werden. Doch die Auswirkungen von Überlastung können erheblich sein und so zeigen die Interviews mit Führungskräften aus verschiedenen Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe eine Branche am Limit.

Die Pressemitteilung vom 23. September 2022 finden Sie [hier](#) und der aktuelle Trendbericht ist [hier](#) abrufbar.

DGUV: Aushang „Kranke Kinder bleiben zu Hause“ in verschiedenen Sprachen

Kranke Kinder dürfen eine Kita laut Infektionsschutzgesetz nicht besuchen – sie gehören nach Hause. Der Aushang "Kranke Kinder" für Kita-Hausregeln ist nun auch in englischer Sprache erschienen. Dieser Aushang ist auf der [DGUV-Webseite](#) auch in russischer und ukrainischer Sprache zu finden. Ebenso gibt es viele andere Aushänge, bspw. ‚Achtung, Feueralarm!‘, ‚So geht Händewaschen!‘ oder ‚Zu Fuß in die Kita‘.

Quelle: Newsletter der DGUV vom 15.09.2022



Kinderbetreuung auf dem Campus

Bertelsmann Stiftung veröffentlicht Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2022

Am 20. Oktober 2022 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung das Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme für das Jahr 2022.

Wichtigste Ergebnisse sind:

- Bundesweit fehlen rund 384.000 KiTa-Plätze, um die Betreuungswünsche der Eltern zu erfüllen.
- Rund 309.000 zusätzliche Fachkräfte wären erforderlich, um diese Lücke zu schließen und in allen KiTa-Gruppen kindgerechte Personalschlüssel zu gewährleisten.
- Dadurch entstünden zusätzliche Personalkosten von 13,8 Milliarden jährlich.

Der bundesweite Fachkräftemangel wird auch in diesem Jahr als größte Hürde auf dem Weg zu genügend Plätzen sowie kindgerechten Personalschlüsseln hervorgehoben.

Informationen zur Veröffentlichung finden Sie [hier](#). Eine kompakte Darstellung der Ergebnisse mit interaktiven Grafiken und Daten zum Download bietet der Online-Artikel "[KiTa-Personal braucht Priorität!](#)". Auf www.laendermonitor.de finden Sie zudem weitere aktuelle Daten und Fakten zur frühkindlichen Bildung in Deutschland. Dazu gibt es unter www.laendermonitor.de/laenderprofile Daten und Informationen zum Status quo der frühkindlichen Bildung für jedes Bundesland.

Verband Bildung und Erziehung (VBE): Personal- und Platznotstand an Kitas manifestiert Bildungsungerechtigkeit

„Die heute veröffentlichten Ergebnisse zeigen einmal mehr erschreckend deutlich: Die Bildungs- und Betreuungsqualität in den Kitas ist massiv gefährdet“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), anlässlich der heute veröffentlichten Ergebnisse des Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme. Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

Quelle: bildungsklick vom 21.10.2022

Das Kita-System steht vor dem Kollaps – Wissenschaftler*innen fordern Politik zum schnellen Handeln auf

Rund 150 deutsche Wissenschaftler*innen haben in einem [Appell](#) an die Bundes- und Landesministerien, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Landkreistag und den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf die starke Belastung des Systems der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung aufmerksam gemacht. Da sich die gestiegenen Anforderungen nicht mit den verfügbaren Ressourcen decken, werden deutlich verbesserte finanzielle und fachliche Anstrengungen gefordert. Es wird die Gefahr gesehen, dass Kitas von Lern- und Lebensorten für Kinder und Familien wieder zu reinen Aufbewahrungsstätten werden. Die Folgen einer weiteren Destabilisierung des Kita-Systems wären perspektivisch ungleich gravierender und würden erhebliche Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft nach sich ziehen.

Quelle: [FKP-Newsletter](#) vom 06.10.2022

GEW: „Kita-System mit zusätzlichen Geldern stabilisieren!“

„Das Kita-System muss jetzt mit zusätzlichen Geldern stabilisiert werden. Damit würde ein deutliches Signal des Aufbruchs gesendet und den Fachkräften eine klare Perspektive aufgezeigt“, sagte Doreen Siebernik, Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit Blick auf den aktuellen Appell der 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „Das Kita-System steht vor dem Kollaps“.

Das GEW-Statement vom 9. September 2022 können Sie [hier](#) nachlesen.



Kinderbetreuung auf dem Campus

Statistische Bundesamt (Destatis): 35,5 Prozent der unter Dreijährigen in Kindertagesbetreuung

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in seiner [Pressemitteilung](#) vom 21. Oktober 2022 mitteilte, lag die Betreuungsquote der unter Dreijährigen bundesweit bei 35,5 Prozent (2021: 34,4 Prozent). Damit setzte sich der im Jahr 2021 unterbrochene Trend steigender Betreuungsquoten wieder fort. Beim Personal gab es in den Kindertageseinrichtungen einen Zuwachs um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während die Zahl der Tagesmütter oder -väter um 2,7 Prozent zurückging.

Mit dem aktuellen Anstieg der Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen um 1,1 Prozentpunkte setzt sich der langjährige Trend nach einer Unterbrechung im Jahr 2021 wieder fort. Damals war die Betreuungsquote erstmals seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2006 leicht gesunken, und zwar um 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2020 auf 34,4 Prozent. Dieser bislang einmalige Rückgang hing vermutlich mit der Corona-Pandemie zusammen, die zu einer geringeren Nachfrage nach Betreuungsplätzen und zur Kündigung von Verträgen aufgrund einer Betreuung zuhause geführt haben kann. Außerdem verhinderten coronabedingte Einschränkungen bei der Eingewöhnung und bei „Schnuppertagen“ möglicherweise den Abschluss neuer Betreuungsverträge.

Quelle: bildungsklick vom 21.10.2022

Deutscher Kita-Verband: Kostenexplosion ist ernsthafte Bedrohung für Kita-Träger

Der Deutsche Kitaverband sieht die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen zunehmend mit Sorge. Kita-Träger geraten aufgrund von explodierenden Kosten in eine finanzielle Schieflage, die den ohnehin knappen Finanzspielraum vollends aufbraucht und die Kitas in ernsthafte Schwierigkeiten bringt. Waltraud Weegmann, Bundesvorsitzende in der [Pressemitteilung](#) vom 29. September 2022: „Der Deutsche Kitaverband wies bereits im Frühjahr auf die kommenden Herausforderungen hin. Jetzt mehren sich die Meldungen von Kita-Trägern, die deutliche Mietsteigerungen, erhöhte Pauschalen der Energieanbieter und gestiegene Personalkosten verkraften müssen. Die Aufwendungen für die Essensversorgung sind bereits für alle Träger erheblich gestiegen. Auf die Träger kommen Ausgleichszahlungen und höhere laufende Kosten in den Tausendern zu. Das greift an die Substanz. Das sind Summen, die im aktuellen System nicht gegenfinanziert sind und eine unzumutbare Belastung darstellen.“

Quelle: Newsletter des Deutschen Kitaverbandes vom 04.10.2022

nifbe-Themenheft: Wir schaffen das gemeinsam – in der KiTa Resilienz stärken

Wie lässt sich mit Krisen umgehen? Wie kann man sich von ihnen erholen oder sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen? Die meisten Menschen sind in ihrem Leben irgendwann gefordert Krisen zu verkraften. Wie sie allerdings bewältigt werden, unterscheidet sich individuell stark. Krisen können für die einen bedeuten, in ein tiefes Loch zu fallen, andere kommen mit Zuversicht schnell wieder auf die Beine. Resilienz, verstanden als psychische Widerstandskraft, kann erheblich dazu beitragen herausfordernde Situationen zu bewältigen und sich wieder optimistisch zukunftsgerichtet auszurichten. Welche Rolle die Resilienz im KiTa-Alltag für Kinder und auch Fachkräfte einnehmen kann, wird in diesem [Themenheft](#) beleuchtet.

Die nifbe-Themenhefte sind 16-24seitigen A4-Broschüren, die jeweils eine kompakte, praxisorientierte Einführung in die Thematik bieten und mit weiterführenden Literaturempfehlungen schließen.

Quelle: nifbe-Newsletter vom 22.08.2022

Studieren (in Zeiten von Corona)

Stu.di.Co III: Neue Ergebnisse der Online-Befragungsreihe zum Studium unter Corona-Bedingungen

Wie erlebten Studierende den Studienalltag im Sommersemester 2022? Dazu liegen nun erste Daten aus der dritten Online-Befragungsrunde in der Stu.di.Co-Reihe vor. Die Befragung zeigt: Trotz Präsenzbetrieb gab es weiterhin ein hohes Belastungserleben unter den Studierenden. Die digitalen Semester sind nicht spurlos an ihnen vorbeigezogen. Stu.di.Co III wurde in Kooperation der Universitäten Hildesheim und Münster entwickelt und durchgeführt. Vorläufer waren die Befragungen Stu.di.Co I (Juni 2020) und Stu.di.Co II (Juni/Juli 2021).

Die Ergebnisse der dritten bundesweiten Befragung von Studierenden in der Corona-Zeit in Kürze:

- Mehr als 2.800 Studierende haben teilgenommen.
- Die Daten weisen auf einen Digitalisierungsschub an Hochschulen durch Corona hin.
- Präsenzangebote werden dennoch von vielen Studierenden favorisiert. Soziale Kontakte werden diesbezüglich als entscheidender Faktor angeführt.
- Andererseits besteht auch der Wunsch nach mehr digitalen Angeboten, allerdings eher als optionale (Wahl)Möglichkeit oder für spezifische Veranstaltungsformate.
- Das Belastungserleben der Studierenden ist im Allgemeinen rückläufig (Ausnahme: im Hinblick auf die finanzielle Situation), aber dennoch weiterhin stark ausgeprägt.
- Es zeichnet sich ein Zusammenhang zwischen dem Belastungs- und Unterstützungserleben sowie dem Studienformat ab: vollständig digital Studierende scheinen stärker belastet zu sein.
- Viele Studierende blicken dem Wintersemester 2022/2023 besorgt und skeptisch entgegen. Neben der anhaltenden Ungewissheit bezüglich der Studienformate, werden hier u.a. auch die Angst vor einer erneuten Corona-Welle sowie Ansteckung und die steigenden Energiekosten genannt.

Die Pressemitteilung der Uni Hildesheim vom 17. Oktober 2022 finden Sie [hier](#). Die Studie können Sie [hier](#) kostenlos herunterladen.

Quelle: DSW-Newsletter vom 21.10.2022

CHE: Erstmals mehr weibliche als männliche Studierende

Im Wintersemester 2021/22 waren mit einem Anteil von 50,2 Prozent erstmals mehr weibliche als männliche Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Dieser Trend bestätigt sich auch international. Dies zeigen zwei aktuelle Auswertungen des CHE. Fächer wie Soziale Arbeit, Psychologie und Erziehungswissenschaft weisen dabei national und international jeweils die höchsten Frauenanteile von über 70 Prozent auf. Insgesamt ist der Frauenanteil im Studium in den vergangenen rund dreißig Jahren angestiegen. Im Wintersemester 1998/99 lag er noch bei 44,5 Prozent. Seit 2016 dominierten bei den Studienanfänger*innen in jedem Jahr die weiblichen Erstsemester. Auch bei den bestandenen Abschlussprüfungen stellen die Absolventinnen mit 52,9 Prozent mittlerweile die Mehrheit im Geschlechtervergleich. Dies zeigt ein aktueller DatenCHECK des CHE Centrum für Hochschulentwicklung im Rahmen des neuen [Portals Hochschuldaten.de](#). Den höchsten Anteil an Studentinnen im Ländervergleich weist Thüringen mit 59,5 Prozent auf. Dies ist jedoch auch auf die private IU internationale Hochschule zurückzuführen, deren Studierende größtenteils dem Hauptsitz in Erfurt zugerechnet werden.

[Hier](#) können Sie die CHE-Pressemitteilung vom 28. September 2022 einsehen.

Quelle: DSW-Newsletter vom 30.09.2022



Studieren (in Zeiten von Corona)

DSW: Mehr als 35.000 Studierende auf Wartelisten bei elf Studierendenwerken: Extrem angespannte Wohnsituation

Zum Stichtag 15. September 2022 waren, so der Verband, bei den Studierendenwerken Berlin, Darmstadt, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt am Main, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Mainz und München mehr als 35.000 Studierende auf der Warteliste auf einen Wohnheimplatz – 15.000 allein beim Studentenwerk München, der wohl teuersten Hochschulstadt Deutschlands.

DSW-Generalsekretär Matthias Anbuhl kommentiert die Zahlen so: „Bezahlbarer Wohnraum für Studierende ist absolute Mangelware, einmal mehr zum Beginn eines Wintersemesters. Dieses Strukturproblem macht den Studienstart schwierig für Erstsemester, und es erschwert das Studium für alle Studierenden, die nach vier Corona-Semestern nun in Präsenz an ihren Hochschulen studieren und in ihren Hochschulstädten wohnen wollen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Studierende ist ein eklatantes Strukturdefizit des deutschen Hochschulsystems und ein soziales Problem. Die Zahl der staatlich geförderten Studienplätze ist seit dem Jahr 2007 um 52% gestiegen, die Zahl der staatlich geförderten Wohnheimplätze bei den Studierendenwerken nur um 6% - diese Schere darf nicht noch weiter auseinandergehen.

Das vollständige Pressestatement des DSW vom 06. Oktober 2022 ist [hier](#) nachzulesen.

DSW: „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ hat umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) ist Partner im „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Auf dem „Bündnistag bezahlbarer Wohnraum“ am 12. Oktober 2022 ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive zur Schaffung von 400.000 bezahlbaren Wohnungen pro Jahr, wovon 100.000 öffentlich gefördert werden sollen, verabschiedet worden. Das DSW setzt sich seit Langem massiv für die Schaffung von bezahlbarem, nachhaltigem Wohnraum für Studierende ein. Dieser wird dringend benötigt. „Daher ist es gut, dass nun im Bündnis bezahlbarer Wohnraum das Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ konkret als Maßnahme vereinbart wurde. Damit kann bezahlbarer Wohnraum bei den Studierendenwerken neu geschaffen und der Bestand saniert werden. Das Programm kann mittelfristig Abhilfe schaffen – wenn Finanzvolumen und Förderkulisse stimmen. Wichtig ist, dass es nun, wie von Bundesbauministern Klara Geywitz geplant, sicher zum 1. Januar 2023 starten kann.“, kommentiert Matthias Anbuhl, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks.

Die vollständige DSW-Pressemitteilung vom 12. Oktober 2022 finden Sie [hier](#).

Deutschlandfunk: Studieren in Armut - Kein BAföG, Inflation und hohe Mieten

BAföG soll Chancengleichheit garantieren: Auch wer keine reichen Eltern hat, soll sich ein Studium leisten können. Die Realität sieht anders aus: Fast jeder dritte Studierende in Deutschland lebt in Armut. Die jüngsten Reformen ändern daran wenig. Den Beitrag von Manfred Götzke und Leila Knüppel finden Sie [hier](#).

Quelle: DSW-Newsletter vom 30.09.2022



Studieren (in Zeiten von Corona)

KMK: Sicherstellung des Präsenzbetriebes an Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Studierendenwerke zum Kreis geschützter Kunden zählen

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich am 6. Oktober 2022 in Berlin über die Auswirkungen der Energiekrise auf die Hochschulen, Universitätskliniken, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Studierendenwerke ausgetauscht und einen Beschluss gefasst. Der Beschluss lautet wie folgt:

- Die Kultusministerkonferenz nimmt den Beschluss aus der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 4. Oktober 2022 zur Kenntnis. Ziel der Länder ist insbesondere die Sicherstellung des Präsenzbetriebes an den Hochschulen nach mehreren Jahren pandemischer Einschränkungen.
- Die steigenden Energiepreise stellen auch die deutschen Hochschulen, Universitätskliniken, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Studierendenwerke vor außergewöhnliche Herausforderungen. Die Kultusministerkonferenz bittet die Bundesregierung um Klarstellung, dass neben den Hochschulen und Universitätskliniken auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Studierendenwerke zum Kreis der geschützten Kunden gezählt werden und sämtliche Einrichtungen unter den Schutz der Energiepreisbremse fallen.
- Darüber hinaus bittet die Kultusministerkonferenz die Bundesregierung, dass für diese Einrichtungen in Ergänzung von Entlastungsmaßnahmen der Länder weitere Hilfsmaßnahmen gemäß Punkt 8 des BK-MPK-Beschlusses ergriffen werden.

[Hier](#) finden Sie die Pressemitteilung der KMK vom 6. Oktober 2022.

Quelle: DSW-Newsletter vom 13.10.2022

Bundesförderung

Experten plädieren für die Fortsetzung des Förderprogrammes „Sprach-Kitas“

In der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung am 17. Oktober 2022 wurde auch der Antrag der CDU/CSU-Fraktion ([20/3277](#)) beraten, in dem eine Fortsetzung des Sprach-Kita-Bundesprogramms über das Jahresende hinaus gefordert wird. Einige der anwesenden Sachverständigen sprachen sich auch für die Fortsetzung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ aus.

Quelle: [hib – heute im bundestag Nr. 567/2022](#) vom 18.10.2022

Öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses zum Thema „Sprach-Kitas“

Die Bundesregierung hält am Auslaufen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ zum Ende des Jahres fest. Das machte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), am 17. Oktober 2022 während einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses deutlich. An der Wichtigkeit der sprachlichen Förderung von Kindern in den Kitas gebe es bei der Bundesregierung keinen Zweifel, sagte sie. Daher sei es das Ziel, die Förderung über das Kita-Qualitätsgesetz zu verstetigen. Den Ländern würden dafür in den kommenden zwei Jahren zusätzliche zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. „Für die sechsmonatige Übergangszeit, bis diese Mittel auch in Anspruch genommen werden können, versuchen wir eine zusätzliche Finanzierung zu verhandeln“, sagte die Staatssekretärin. Die Pressemitteilung zur Anhörung finden Sie [hier](#).

Wie im letzten Infobrief der SFS berichtet, forderte die Kita-Leiterin Wenke Stadach, im Rahmen der [Initiative #sprachkitas-retten](#), in einer Petition den Erhalt der Sprach-Kitas. 50.000 Unterschriften waren notwendig, um eine öffentliche Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu erwirken. Ihre öffentliche Petition wurde von 277.882 Personen mitgezeichnet. Damit handelt es sich um die viert erfolgreichste Petition der letzten 15 Jahre.

Quelle: [hib – heute im bundestag Nr. 564/2022](#) vom 17.10.2022

Baden-Württemberg: Stellungnahme zur aktuellen Debatte rund um das Programm „Sprach-Kitas“

Zur aktuellen Debatte rund um das Programm „Sprach-Kitas“ nimmt das Kultusministerium Baden-Württemberg wie folgt Stellung: „Es ist wichtig, dass die Fachkräfte und Fachberatungen Planungssicherheit erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dieses Personal auch zu halten und wollen eine nahtlose Weiterbeschäftigung der im Programm tätigen Fachkräfte erreichen.“

Baden-Württemberg hält eine Fortführung des Bundesprogramms zumindest bis Mitte 2023 für einen wichtigen Schritt zum Erhalt der Sprach-Kitas. Das Land möchte die Sprach-Kitas langfristig fortführen. Damit eine Überführung der Sprachförderung in das Kitaqualitätsgesetz erfolgreich gelingen kann, wie sie sich der Bund vorstellt, müssen aus Sicht von Baden-Württemberg Mittel für den Übergang zumindest bis Mitte 2023 im Bundeshaushalt verankert und weitere Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern getroffen werden, z.B. zum Umgang mit der bisher vom Bund beauftragten und finanzierten Regiestelle.

Quelle: [bildungsklick](#) vom 21.10.2022



Bundesförderung

Bundesrat nimmt Stellung zum Entwurf für ein Kita-Qualitätsgesetz

In seiner [Stellungnahme](#) begrüßt der Bundesrat am 7. Oktober 2022, dass der mit dem „Gute-KiTa-Gesetz“ begonnene gemeinsame Prozess, die Qualität der Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln und die Teilhabe zu verbessern, fortgesetzt wird. Zugleich lehnt er Elemente des Gesetzentwurfs ab, z.B. die bundesweit verpflichtende Staffelung der Kostenbeiträge, und kritisiert Umsetzungsschwierigkeiten. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung zudem das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ über das Jahr 2022 hinaus fortzuführen und als dauerhaftes Bundesprogramm zu verstetigen.

Quelle: [bundesrat kompakt](#) vom 07.10.2022

Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berät Gesetzentwurf zum KiTa-Qualitätsgesetz

Sachverständige haben am 17. Oktober 2022 begrüßt, dass die Bundesregierung die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter verbessern will. In der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung ([20/3880](#)) setzten sie aber auch Akzente für die künftige Entwicklung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.

Quelle: [hib – heute im bundestag Nr. 567/2022](#) vom 18.10.2022

Der Paritätische: Stellungnahme zur Anhörung im Familienausschuss zum KiTa-Qualitätsgesetz

Der Paritätische Gesamtverband hatte für die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf des KiTa-Qualitätsgesetz im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2022 eine [Stellungnahme](#) verfasst, die die Handlungsbedarfe bei der Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung verdeutlicht.

Unterstützung für Familien

28. BAföG-Novelle: Bundestag und Bundesrat billigen Notfallmechanismus

Am 22. September 2022 hat der Bundestag den Entwurf für das 28. BAföG-Änderungsgesetz gebilligt. Darüber wird die Bundesregierung ermächtigt, den Kreis der BAföG-Berechtigten künftig per Rechtsverordnung auszuweiten - auch auf Personen, die normalerweise nicht bezugsberechtigt sind. Voraussetzung ist eine bundesweite Notlage, die erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt für studentische oder ausbildungsbegleitende Nebenjobs hat - so wie es in der Corona-Pandemie der Fall war. Allerdings muss laut Gesetzentwurf eine solche bundesweite Notlage vom Bundestag vorher durch Beschluss festgestellt worden sein. Der Bundesrat stimmte dem Entwurf am 7. Oktober 2022 zu. Das [28. BAföG-Änderungsgesetz](#) wurde am 25. Oktober 2022 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Quelle: [Bundestag Dokumente](#) sowie [bundesrat kompakt](#) vom 07.10.2022

DSW: BAföG-Notfallmechanismus - Notfall weiter definieren, auf aktuelle Krise anwenden

DSW-Generalsekretär Matthias Anbuhl erklärte am 22. September 2022: „Die Einführung eines Notfallmechanismus ins BAföG ist ein wichtiger ordnungspolitischer Fortschritt. Damit wird für Studierende eine wichtige Lehre aus der Pandemie gezogen: In nationalen Krisenlagen muss das BAföG potenziell für alle Studierenden in Finanznot geöffnet werden. Der vorliegende Gesetzentwurf für eine 28. BAföG-Novelle greift aber zu kurz: Der Notfallmechanismus greife einzig und allein bei einer Störung des studentischen Arbeitsmarktes, also dem Wegfall von Nebenjobs. Nur dann kann der BAföG-Notfallmechanismus vom Deutschen Bundestag beschlossen werden. Gerade die aktuellen, multiplen Krisen, wie die Inflation und die Energiepreis-Krise, zeigen aber, dass der Notfall weiter gefasst werden muss...“. Die vollständige Pressemitteilung können Sie [hier](#) nachlesen.“

DSW zum zweiten Heizkostenzuschuss für BAföG-Empfänger*innen

Matthias Anbuhl, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, erklärt zum Beschluss der Bundesregierung, BAföG-geförderten Studierenden einen zweiten Heizkostenzuschuss auszuzahlen: „Dass BAföG-Empfänger*innen nun einen zweiten Heizkostenzuschuss erhalten, der gegenüber dem ersten Zuschuss von 230 auf 345 Euro erhöht ist, ist ein wichtiger Schritt. Jeder Euro hilft, jede weitere Hilfe ist wichtig, damit die Studierenden über den Winter kommen. Wichtig ist, dass dieser zweite Heizkostenzuschuss rasch ausbezahlt wird.“

Auf der Webseite des Deutschen Studentenwerkes finden Sie eine [Übersicht zu den Entlastungen für Studierende](#).

Lesen Sie auch die vollständige [Pressemitteilung](#) vom 29. September 2022.

Kinderkrankengeld - auch im Jahr 2023 erweiterter Anspruch

Bisher sollten der Anspruch auf ein pandemiebedingtes Kinderkrankengeld am 23. September 2022 und die verlängerten Anspruchstage für das Kinderkrankengeld zum Ende des Jahres enden. Im Zuge des neuen [COVID-19-Schutzgesetz vom 16. September 2022](#) wurden beide Ansprüche nochmals verlängert. Es besteht der Anspruch auf Krankengeld für das Jahr 2023 für jedes Kind längstens für 30 Arbeitstage, für alleinerziehende Versicherte längstens für 60 Arbeitstage. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch für Versicherte für nicht mehr als 65 Arbeitstage, für alleinerziehende Versicherte für nicht mehr als 130 Arbeitstage. Die Regelung bzgl. des pandemiebedingten Kinderkrankengeldes bei Kita- und Schulschließungen endet zum 7. April 2023. Das Bundesministerium für Gesundheit hat zu den Regelungen eine [FAQ-Übersicht](#) veröffentlicht.



Unterstützung für Familien

Bundeskabinett hat Gesetzentwurf zum Bürgergeld beschlossen

Am 14. September 2022 hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Einführung des Bürgergelds beschlossen. Es ist geplant, dass das Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt und dann schrittweise umgesetzt wird. Der [Gesetzentwurf](#) ist auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu finden. Auf der Webseiten sind ebenso [FAQ zum Bürgergeld](#) einsehbar.

Träger nehmen Stellung zum Bürgergeld-Gesetzentwurf

Der Deutsche Verein begrüßt in seiner [Stellungnahme vom 7. Oktober 2022](#), dass der seit langem diskutierte Reformprozess der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit dem Gesetzentwurf zur Einführung des Bürgergeldes (Bürgergeld-Gesetz) beginnt. Der Deutsche Verein hat in den letzten Jahren mehrere Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Rechtsvereinfachung der Grundsicherung für Arbeitsuchende unterbreitet, die zum Teil von dem Gesetzentwurf der Bundesregierung umfasst sind. Begrüßt wird insbesondere die Stärkung von Weiterbildung und Qualifizierung im SGB II durch den Wegfall des Vermittlungsvorrangs und des Verkürzungsgebots für Ausbildungen sowie die Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes. Die Neugestaltung des Eingliederungsprozess sowie die Karenzzeiten für Vermögen und Wohnen werden jedoch in Teilen der Mitgliedschaft des Deutschen Vereins kritisch bewertet. Bedauert wird, dass wichtige Reformschritte, wie etwa zur Ermittlung der Regelbedarfe und der Neubemessung der Bedarfe für Haushaltsenergie sowie einer besseren monetären Absicherung von Familien und Kindern, nicht im Gesetzesentwurf enthalten sind.

In der [Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes](#) vom 15. September 2022 ist zu lesen: „Gegenüber dem bisher bekannten Entwurf gibt es verschiedene Ergänzungen und Änderungen. Am wichtigsten: das Verfahren zur Fortschreibung der Höhe des Bürgergeldes ist nunmehr vereinbart. Im Ergebnis soll das Bürgergeld mit einem Regelbedarf in einer Höhe von 502 Euro/ Monat für eine alleinstehende Erwachsene starten. An der Bewertung des Paritätischen ändert sich durch die Beschlussfassung nichts. Die Leistungen reichen nicht aus, um von einem angemessenen Bürgergeld sprechen zu können. Sanktionen müssen komplett wegfallen.“

Gesetzgebungsverfahren für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Die Bundesregierung hat einen [Entwurf](#) eines Gesetzes zur weiteren Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige vorgelegt.

Zur Umsetzung der Richtlinie werden im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, im Pflegezeitgesetz und im Familienpflegezeitgesetz sowie im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verschiedene Änderungen vorgenommen: Arbeitgeber, die den Wunsch eines Elternteils, die Arbeitszeit in der Elternzeit zu verringern oder zu verteilen, nicht entsprechen, werden verpflichtet, ihre Entscheidung zu begründen. Arbeitgeber in Kleinbetrieben werden verpflichtet, Beschäftigten, die den Abschluss einer Vereinbarung über eine Freistellung nach dem Pflegezeitgesetz oder dem Familienpflegezeitgesetz beantragen, innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Zugang des Antrages zu antworten. Im Fall einer Ablehnung des Antrags ist diese zu begründen.

Quelle: [hib – heute im bundestag Nr. 458/2022](#) vom 19.09.2022



Berufswege

Fachkräftestrategie der Bundesregierung

Am 12. Oktober 2022 wurde von der Bundesregierung eine [Fachkräftestrategie](#) beschlossen, die auf die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte im In- und Ausland abzielt und fünf Handlungsfelder in den Mittelpunkt stellt, u.a. eine moderne Einwanderungspolitik und eine zeitgemäße Ausbildung. U.a. ist geplant: „Für den Erzieherberuf wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und weiteren Akteuren eine Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung entwickeln. Ein Fokus wird auf dem Ausbau von schulgeldfreien und vergüteten Ausbildungsmodellen sowie auf der Etablierung von horizontalen und vertikalen Karrierewegen liegen. Mit der beabsichtigten Einführung der vollständigen Finanzierung der Umschulung über die gesamten drei Jahre der Ausbildung sollen Quereinstiege in das Berufsfeld der Kindertagesbetreuung erleichtert werden.“

Lesen Sie auch die Pressemitteilung der [Bundesregierung](#), die des [Bundesministeriums für Arbeit und Soziales \(BMAS\)](#) ist hier einzusehen.

Fachinfo des Paritätischen: Bundeskabinett fasst Beschluss zur Fachkräftestrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat ihre neue Fachkräftestrategie im Kabinett beschlossen. Mit unterschiedlichen Maßnahmen sollen Unternehmen bei der Gewinnung und Sicherung von Fachkräften unterstützt werden. Die Strategie ist branchenübergreifend angelegt. Nach Einschätzung der Autorin der Fachinfo Tina Hofmann, Referentin Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, ist die Fachkräfteproblematik in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen untererfasst, u.a. bei der Berufsgruppe Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Hilfreich und interessant befindet die Autorin den Passus zur Verbesserung der Arbeitsqualität und Wandel der Arbeitskultur, der sich an Arbeitgeber richtet. Im Kern geht es darum, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über den gesamten Beschäftigungszeitraum hinweg frühzeitig, dauerhaft und nachhaltig zu fördern, so die Aussage. Die Fachinfo finden Sie [hier](#).

Positionspapiere Deutscher Kita-Verband: Fachkräftemangel wirksam bekämpfen und neue Wege in der Ausbildung gehen

Der Deutsche Kitaverband fordert in seinen beiden aktuellen Positionspapieren ein Umdenken in der Diskussion zum Fachkräftemangel in Kitas und neue Wege bei der Ausbildung zum Erzieherberuf.

Bundesweit fehlen bereits jetzt über 100.000 Erzieher*innen. Bis 2030 rechnen Studien sogar mit bis zu 230.000 fehlenden Fachkräften. Die Auswirkungen sind bereits für alle Beteiligten deutlich spürbar: Träger können den Familien nicht ausreichend Kitaplätze zur Verfügung stellen, Betreuungszeiten müssen gekürzt werden. Die Kita-Teams arbeiten an der Belastungsgrenze. Der Deutsche Kitaverband fordert daher in seinem [Positionspapier „Fachkräftemangel wirksam bekämpfen“](#) mehr Flexibilität und Verantwortung bei der Stellenbesetzung für die Kita-Träger und vielfältiger aufgestellte Kita-Teams – ohne die Qualität der frühkindlichen Bildung in den Kitas herunterzuschrauben. Im [Positionspapier „Ausbildungswege in den Erzieherberuf“](#) setzt der DKV innovative Impulse für die Diskussion der Ausbildung.

Quelle: Newsletter des Deutschen Kitaverbandes vom 04.10.2022



Digitalisierung/ Digitale Kompetenz

SWK sieht weiteren Handlungsbedarf bei Digitalisierung des Bildungssystems

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission hat am 19. September 2022 gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz (KMK) ihr Gutachten ‚Digitalisierung im Bildungssystem‘ vorgestellt. Darin macht sie einen großen Handlungsbedarf aus bei der Anpassung von Bildungsinhalten, der Entwicklung forschungsbasierter Lernmaterialien in nachhaltigen Strukturen sowie der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften. In dem Gutachten empfiehlt die Kommission Maßnahmen für Kita, Schule, berufliche Bildung, Lehrkräftebildung und Hochschulbildung. Als Voraussetzung für deren Umsetzung betont sie den Stellenwert einer leistungsfähigen und verlässlichen digitalen Infrastruktur und eines rechtlichen Rahmens. Für die frühe Bildung in der Kita sprechen die SWK und die KMK folgende Empfehlungen aus: Digitale Medienbildung als Bildungsziel in die Rahmen- und Orientierungspläne aufnehmen, Infrastruktur schaffen und Lehr-Lernmaterialien zur Verfügung stellen sowie Aus- und Weiterbildung des frühpädagogischen Bildungspersonals.

Es gibt eine [Zusammenfassung](#) sowie eine [Langfassung](#) des Gutachtens.

Die gemeinsame Pressemitteilung von SWK und KMK vom 19. September 2022 finden Sie [hier](#).

Quelle: CHEckpoint, Ausgabe 8|2022 vom 22.09.2022

Nachhaltigkeit

Neu im Pädagogik-Blog von Fröbel: „Globales Lernen in der frühen Bildung“

Als Bestandteil von BNE versteht sich Globales Lernen als Bildungskonzept, das unterschiedliche Perspektiven öffnet und Machtverhältnisse im Kontext der Globalisierung kritisch reflektiert. Wie kann es in der frühen Bildung umgesetzt werden? Antworten gibt der neueste [Beitrag im Pädagogik-Blog](#) von Neele Friedrich.

Quelle: FRÖBEL Rundblick vom 19.08.2022



Studien/ Publikationen/ Literatur

Uni Bamberg und IAB: Studie zu Folgen der Pandemie für die Abiturjahrgänge 2020 und 2021

Erstmalig belegt eine empirische Studie die nachhaltigen, negativen Effekte der Covid-19-Pandemie auf die Bildungsentscheidungen und Karrierepläne junger Menschen. Durchgeführt wurde die Studie von Forschenden aus den Bereichen Ökonomie und Soziologie der Universität Bamberg und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Schlussfolgerungen, die das Forschungsteam aus den Ergebnissen der Studie zieht, fasst Alexander Patzina zusammen: „Die Ausgestaltung bildungspolitischer Maßnahmen hat kurz- und langfristige Folgen. Wenn Schulen schließen oder Distanzunterricht einführen, kann sich das auf die psychische Gesundheit junger Menschen auswirken.“ Bildungspolitische Entscheidungen in der Covid-19-Pandemie können weitreichende Folgen für individuelle Lebensverläufe haben. Vor allem eine starke Verschlechterung der psychischen Gesundheit verändert Bildungsentscheidungen und Karrierepläne junger Menschen: So steigt das Risiko von vorzeitigen Ausbildungs- oder Studienabbrüchen, weil sie mit ihrer Entscheidung weniger zufrieden sind. Die Pressemitteilung der Uni Bamberg vom ist [hier](#) nachzulesen.

Quelle: bildungsklick vom 30.09.2022

CHE kurz + kompakt: „Studieren und Angehörige pflegen“

Am 6. Oktober 2022 hat das CHE Centrum für Hochschulentwicklung gemeinsam mit dem Verein Familie in der Hochschule e.V. eine Info-Broschüre zum Thema „Studium mit Pflegeverantwortung“ veröffentlicht. Der aktuelle Ratgeber aus der Reihe „CHE kurz + kompakt“ beantwortet die wichtigsten Fragen zu Unterstützungsangeboten für pflegende Studierende. Eine kommentierte Linkliste und Checklisten für nächste Schritte und weitere Recherchen runden das Infopaket im pdf-Format ab. Autor*innen der Publikation „CHE kurz + kompakt – Studieren und Angehörige pflegen“ sind Claudia Batisweiler und Jan Thiemann.

[Hier](#) können Sie die Pressemitteilung vom CHE Centrum für Hochschulentwicklung einsehen sowie den Ratgeber kostenfrei herunterladen.

DUZ Magazin: Hochschulen im Krieg

Seit den 1990er-Jahren hat die Ukraine viele Reformen im Wissenschafts- und Bildungssystem angestoßen. Aktuell geht es darum, Forschung und Lehre unter widrigsten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Beim Wiederaufbau wird die Europäische Union gefragt sein. Der [Beitrag](#) von Eduard Klein ist in der Ausgabe DUZ Magazin 08/2022 vom 26.08.2022 zu lesen.

Quelle: bildungsklick vom 14.10.2022



Aus den Studenten-/Studierendenwerken und den Familienbüros bzw. Familienservicestellen

Studentenwerk Schleswig-Holstein: Familienfreundlicher Arbeitgeber

2022 gehört das Studentenwerk SH erneut zu den Top 15 der familienfreundlichsten Unternehmen Deutschlands innerhalb der Branche „Öffentliche Verwaltung & Vereine“. Die Medienmarke freundin und die Arbeitgeber-Bewertungsplattform kununu würdigten auch in diesem Jahr wieder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gute Work-Life-Balance, Wohlfühlfaktoren sowie gleichberechtigte Karriereemöglichkeiten bei Arbeitgebern. Dirk Arndt-Nielsson, Leiter der Personalabteilung des Studentenwerks, freut sich: „Bereits im letzten Jahr wurden wir unter die Top 15 gewählt. Das zeigt uns, dass wir mit unseren umfangreichen Maßnahmen zur Mitarbeitergewinnung und -bindung auf dem richtigen Weg sind.“ [Hier](#) geht es zur Pressemitteilung.

Quelle: DSW-Newsletter vom 22.09.2022

Studentenwerk Niederbayern/ Oberpfalz: Infoveranstaltung für Studierende mit Kind

Auf dem Campus der Uni und OTH Regensburg studieren viele Eltern mit Kindern. Damit es gelingt, Studium, Arbeit und Familienleben zu vereinbaren, unterstützte die Sozialberatung des STWNO mit einer digitalen [Informationsveranstaltung](#) zum Thema „Studieren mit Kind“ am 19. Oktober 2022.

Quelle: DSW-Newsletter vom 13.10.2022

Studierendenwerk Freiburg: Unterstützung für studierende Eltern

Das Studierendenwerk Freiburg (SWFR) bietet [vielfältige Unterstützung](#) für studierende Eltern. Dazu gehören u. a. Betreuungsplätze in eigenen U3-Kitas, kostenlose Kinderteller in den Mensen oder eine Babysitterbörse. 2019 hatte das SWFR bereits erfolgreich eine Vernetzungsgruppe für Studierende mit Kind ins Leben gerufen. Nach einer Corona-bedingten Pause sollen diese Treffen nun wieder stattfinden: Studierende Eltern aller Freiburger Hochschulen sind herzlich eingeladen, zusammen zu kommen, um sich darüber auszutauschen, wie man die Herausforderungen rund ums Studium und Leben mit Kind meistert und wie man sich gegenseitig unterstützen kann. Ideen gibt es bereits viele, z. B. Lerngruppen, Krabbelgruppen, Austausch von Kindersachen und gemeinsame Ausflüge, z. B. auf den Baldenweger Hof.

Quelle: DSW-Newsletter vom 13.10.2022

Studierendenwerk Thüringen: Sommerarena in der Kita Fuchsturmweg

Mit einer Sommerarena wurde am 7. September 2022 im Kindergarten Fuchsturmweg des Studierendenwerks Thüringen das neue Kindergartenjahr feierlich begonnen. Der Förderverein und Elternbeirat des Kindergartens hatten „Franz den Knallfrosch“ eingeladen, der ein Familienprogramm mit Akrobatik, Jonglagen und Zaubereien darbot. Die vollständige Mitteilung inklusive Foto können Sie [hier](#) einsehen.

Quelle: DSW-Newsletter vom 08.09.2022

Familienbüro der Uni Bonn: Nothilfefonds für Studierende mit Kind

Es gibt Situationen, in denen es ohne eigenes Verschulden und ohne Vorwarnung zu einem plötzlichen finanziellen Engpass kommt. Studierende mit Kind/ern – unter ihnen vor allem Alleinerziehende – trifft dies besonders hart, weil sie eine zusätzliche familiäre Verantwortung haben. In solchen Situationen kann eine einmalige Zahlung von maximal 1.000 Euro beantragt werden, die dabei helfen soll, die akute finanzielle Notlage möglichst schnell und unkompliziert zu überwinden. Für die finanzielle Nothilfe muss ein schriftlicher Antrag eingereicht werden. Anträge können fortlaufend bis zum Jahresende in einem zusammenhängenden pdf-Dokument per E-Mail an das zentrale Gleichstellungsbüro gerichtet werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Termine/ Veranstaltungen

Neue Termine im Rahmen der Inforeihe „Kinder, Jugend und Familie“ am 7. und 21. November 2022

Der Paritätische Gesamtverband lädt im Rahmen der [Inforeihe ‚Kinder, Jugend und Familie‘](#) ein:

- für Montag, den 7. November 2022, 14.00 bis 15.30 Uhr zur Online-Veranstaltung "Geschlechtliche Vielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe - inter* und trans* Kinder 0-6 Jahre,,. [Hier](#) geht es zur Anmeldung.
- für Montag, den 21. November 2022, 14.00 bis 15.30 Uhr zur Online-Veranstaltung „Kinderrechte in Krisenzeiten“. Die Veranstaltung erfolgt in Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Kinderschutzbund Bundesverband. [Hier](#) geht es zur Anmeldung.

Deutsches Studentenwerk

Servicestelle Familienfreundliches Studium

Monbijouplatz 11

10178 Berlin

Mail: sfs@studentenwerke.de

Telefon: 030 – 29 77 27 -67 /-68

www.studentenwerke.de/de/content/studieren-mit-kind

Wir freuen uns über Ihre Anregungen und Ihr Feedback.